



Die Bilder des Monats beim Fotoclub Mindelheim: Herrliche Natur im schönen Allgäu

Der Fotoclub Mindelheim hat sich im Monat Juni um die schönen Seiten unserer Heimat gekümmert. „Sommerliche Momente im Allgäu“ hieß das Thema. Herausgekommen ist eine Fülle stimmungsvoller Motive. Die zwölf besten Bilder

zeigen wir bei uns im Internet in einer Bildergalerie unter www.mindelheimer-zeitung.de/lokales. Auf den ersten Platz kam Conny Kleiner mit einem ländlichen Motiv aus Eppishausen. Im Vordergrund ist ein sattgrünes Getreide-

feld zu sehen, im Hintergrund die Gemeinde Eppishausen mit ihrer Pfarrkirche St. Michael. Abgerundet wird das Motiv durch die Abendstimmung, in der die Sonnenstrahlen durch die Wolken brechen.

Foto: Conny Kleiner

Kommentar

Wo bleibt das Feingefühl?

VON SANDRA BAUMBERGER

sandra.baumberger@mindelheimer-zeitung.de

Um es gleich vorwegzunehmen: Es geht hier nicht um eine Neiddebatte und auch nicht darum, dass ich Landrat Alex Eder seine Nebeneinkünfte nicht gönne. Mir stellt sich allerdings die Frage, ob es noch zeitgemäß ist, die Teilnahme an Sitzungen extra zu vergüten, die der Landrat qua Amt während seiner Arbeitszeit wahrnimmt. Sollte sein Grundgehalt in Anbetracht dieser zusätzlichen Aufgaben zu niedrig erscheinen, halte ich es für deutlich einfacher und transparenter, dieses entsprechend zu erhöhen. Zumal der Landrat dadurch auch unabhängig wäre: Wer – nur als Beispiel – als Verwaltungsratsvorsitzender der Sparkasse Memmingen-Lindau-Mindelheim eine monatliche Entschädigung von knapp 2500 Euro erhält, übt vielleicht zurückhaltender Kritik als jemand, der kein Geld bekommt. Und auch die Wirkung in der Öffentlichkeit ist nicht zu unterschätzen: Für eine Aufsichtsratsitzung des Klinikverbands gibt es bis zu 400 Euro, während der gleiche Verbund mit der Gewerkschaft gerade darum feilscht, Mitarbeiter aus dem öffentlichen Dienst auszugliedern und so Kosten zu sparen. Es mag sein, dass dieser Vergleich hinkt. Doch von Feingefühl zeugt dieses Vorgehen nicht.

Corona-Update

Zwei neue Todesfälle und eine Inzidenz von 3,4

Laut Robert-Koch-Institut (RKI) ist die Inzidenz im Unterallgäu am Donnerstag auf 3,4 gestiegen. Es wurde ein weiterer Corona-Fall gemeldet. Die Zahl der Unterallgäuer, die nachweislich an Corona erkrankt sind, liegt laut RKI jetzt bei 7284. Es wurden auch zwei neue Todesfälle gemeldet. Insgesamt sind jetzt 168 Unterallgäuer an oder mit Corona gestorben. (mz)

In eigener Sache

Die MZ-Redaktion ist heute nur per Mail erreichbar

Wegen Arbeiten an der Telefonanlage sind Redaktion und Verlag der *Mindelheimer Zeitung* am heutigen Freitag, 9. Juli, nur eingeschränkt erreichbar. Nachrichten an die MZ-Redaktion senden Sie bitte per E-Mail an redaktion@mindelheimer-zeitung.de.

Die MZ-Geschäftsstelle in Bad Wörishofen erreichen Sie uneingeschränkt unter der Telefonnummer 08247/350310. Auch das MZ-Kundencenter in Mindelheim ist wie gewohnt von 8 bis 17 Uhr geöffnet. (mz)

Kontakt

MZ Mindelheimer Zeitung
 Maximilianstraße 14
 87719 Mindelheim
 Gärtnerweg 7
 86825 Bad Wörishofen

Lokalredaktion - Mo bis Fr 8-18 Uhr:
 Telefon Mindelheim: 082 61/99 13 20
 Telefon Bad Wörishofen: 082 47/35 03 20
 E-Mail: redaktion@mindelheimer-zeitung.de
www.facebook.de/mindelheimerzeitung

Anzeigenannahme - Mo bis Fr 8-17 Uhr:
 Telefon Mindelheim: 082 61/99 13 10
 Telefon Bad Wörishofen: 082 47/35 03 10
 E-Mail: anzeigen@mindelheimer-zeitung.de

Abo-Service/Zustellung - Mo bis Fr 8-17 Uhr:
 Telefon Mindelheim: 082 61/99 13 30
 Telefon Bad Wörishofen: 082 47/35 03 30

Landrat will mehr Nebeneinkünfte behalten

Einkünfte Bisher durfte Alex Eder bis zu 10.000 Euro aus Nebeneinkünften selbst behalten. Für diese Höchstgrenze gab es schon jetzt eine Ausnahme, nun sollen zwei weitere hinzukommen

Unterallgäu Die Liste der Ämter, die Landrat Alex Eder neben seiner eigentlichen Tätigkeit qua Amt bekleidet, ist lang: 41 sind es laut einer Aufstellung, die Ingrid Arnold, die Leiterin des Personalmanagements am Landratsamt, in der jüngsten Sitzung des Personalausschusses vorstellte. Darin ging es unter anderem um die Frage, ob dem Landrat zwei Ausnahmen bewilligt werden, die es ihm ermöglichen, mehr als die bislang erlaubten 9965,30 Euro aus Nebentätigkeiten zu behalten.

Bei 20 der aufgelisteten Ämter handelt es sich um welche, die Bestandteil des Hauptamtes des Landrates sind – wie etwa die Mitgliedschaft in der Fluglärmkommission, bei der Klinikverbund Allgäu gGmbH oder beim Landschaftspflegeverband Unterallgäu. Sie sind weder anzeige- noch genehmigungspflichtig und es gibt auch keine zusätzliche Vergütung dafür. Daneben unterhält Eder zwölf öffentliche Ehrenämter, zu denen beispielsweise der Vorsitz in diversen Zweckverbänden aber auch die Mitgliedschaft im Planungsausschuss des Regionalverbands Donau-Iller gehören. Hier sind je nach Amt Zahlungen möglich.



Alex Eder

Und schließlich übt Eder neun ebenfalls mit dem Amt verbundene Nebentätigkeiten aus. Für fünf davon, nämlich die Mitgliedschaft in den Beiräten der VVM Verkehrsverbund Mittelschwaben GmbH, der Zentrum für Pathologie Allgäu GmbH sowie der Menü-Service-Allgäu GmbH, die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der Allgäu GmbH und für die Tätigkeit als Geschäftsführer bei der Landeplatz Mindelheim-Mattsies gibt es kein zusätzliches Geld. Für vier weitere – den alternierenden Verwaltungsratsvorsitz der Sparkasse Memmingen-Lindau-Mindelheim, den Aufsichtsratsvorsitz in der Landkreiswohnungsbau Unterallgäu GmbH und die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der Klinikverbund Allgäu gGmbH sowie im beratenden Kommunalausschuss der Lechwerke AG – erhält Eder dagegen eine Vergütung bzw. Aufwandsentschädigung.

Allerdings darf der Landrat maximal 9965,30 Euro davon selbst be-

halten. Verdient er mehr, muss er diesen Betrag an seinen Dienstherrn, also den Landkreis, abführen. Von dieser Regel gab es bisher eine Ausnahme: Ist der Landrat Verwaltungsratsvorsitzender einer Sparkasse, verdreifacht sich der

Das verdient der Landrat

- Landrat Alex Eder ist in die Besoldungsgruppe B6 eingruppiert und verdient damit laut der Besoldungstabelle des Öffentlichen Diensts monatlich 10.033,58 Euro.
- Als Verwaltungsratsvorsitzender der Sparkasse Memmingen-Lindau-Mindelheim erhält Eder eine monatliche Entschädigung von 2491,33 Euro. Pro Jahr sind das 29.895,96 Euro.
- Für die vier bis fünf Aufsichtsratsitzungen des Klinikverbands Allgäu liegt das Sitzungsgeld je nach Dauer bei 200 oder 400 Euro.
- Als Mitglied im Beratenden Kommunalausschuss der LEW, der einmal jährlich tagt, bekommt Eder 135 Euro Sitzungsgeld.
- Für die jährlich zwei Sitzungen der Landkreiswohnungsbau gGmbH sind es jeweils 100 Euro.

jährliche Höchstbetrag auf dann knapp 30.000 Euro. Nun hat der Personalausschuss dem Kreistag empfohlen, zwei weitere Ausnahmen zu bewilligen: Demnach soll der Landrat auch das Geld behalten dürfen, das er als Aufsichtsratsvor-

sitzender der Landkreiswohnungsbau Unterallgäu GmbH und als Mitglied im Aufsichtsrat der Klinikverbund Allgäu gGmbH bekommt.

Um wie viel Geld es sich dabei handelt, blieb in der Sitzung offen. Bei einer Umfrage der MZ unter Politikern aus der Region zu ihren Nebeneinkünften hatte Eder im April jedoch angegeben, dass für die vier bis fünf jährlichen Aufsichtsratsitzungen der Klinikverbund Allgäu gGmbH bis zu einer Dauer von zwei Stunden ein Sitzungsgeld von je 200 Euro gewährt wird. Dauert die Sitzung länger, sind es 400 Euro. Bei der Landkreiswohnungsbau kommen bei rund zwei Sitzungen pro Jahr insgesamt 200 Euro zusammen.

Die Mitglieder des Personalausschusses empfahlen dem Kreistag einstimmig, diese „Ausnahme von der Ablieferungspflicht“ zu bewilligen. Bei Eder Vorgängern war das nicht nötig: Weil die Kliniken damals noch als Kommunalunternehmen organisiert waren und die Vergütungen der Sparkasse den Freibetrag nicht ganz ausschöpften, mussten sie auch kein Geld an den Landkreis abführen. (baus) »Kommentar

Der Kreistag soll sich mit den Kliniken befassen

Medizin SPD/FDP-Fraktion kämpft für die Mitarbeiter, denen Gehaltseinbußen drohen

Mindelheim Die SPD/FDP-Kreistagsfraktion will die geplante Auslagerung von Beschäftigten der Bereiche Küche, Zentrale Reinigung, Bettenzentrale und Hauswirtschaft an den Kliniken Mindelheim und Ottobeuren verhindern. In einem Schreiben an Landrat Alex Eder fordert die Fraktion, dass sich der Kreistag auf seiner Juli-Sitzung mit dem Thema befasst.

Die SPD/FDP-Kreistagsfraktion will die Bereiche Küche, Bettenzentrale, Reinigung und Wäscherei an den beiden Klinikstandorten Mindelheim und Ottobeuren unangetastet lassen. Der Kreistag möge die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat auffordern, die entsprechenden Beschlüsse zu korrigieren und die betroffenen Mitarbeitenden weiterhin direkt bei den Kliniken zu beschäftigen sowie diese weiterhin nach Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes (TVÖD) zu bezahlen, heißt es in dem vom Fraktionsvorsitzenden Roland Ahne verfassten

Schreiben. Ferner beantragt die Fraktion, dass die zuständige Gewerkschaftssekretärin Uschi Zwick von Verdi und der Vorsitzende des Personalrates, Tobias Dannhart, ihre Sicht der Dinge vor dem Gremium schildern. Bisher hatten Geschäftsführung und der Aufsichtsratsvorsitzende vor dem Kreistag sprechen dürfen.

Der Geschäftsführer des Klinikverbundes Allgäu, Andreas Ruland, verwies auf die Zuständigkeit des Aufsichtsrates. Es stehe aber jedem Kreisrat frei, sich für die Belange der Kliniken zu interessieren.

Die von der Geschäftsführung forcierte und vom Aufsichtsrat beschlossene Auslagerung von Mitarbeitenden an den beiden Unterallgäuer Klinikstandorten Ottobeuren und Mindelheim stößt laut SPD/FDP in der Arbeitnehmerschaft auf breite Kritik und werde abgelehnt. Als Grund für diese Ablehnung werde vor allem genannt, dass zum Teil seit Langem beschäftigte Arbeitneh-

merinnen und Arbeitnehmer durch die Auslagerung in eine Servicegesellschaft langfristig Verschlechterungen und Gehaltseinbußen drohen. Nach dem Prinzip „Ein Haus – eine Belegschaft“ fordern SPD/FDP, dass alle Mitarbeitenden auch weiterhin nach dem TVÖD bezahlt werden und direkt bei den Kliniken beschäftigt sein sollen.

Dass gerade bei den untersten Einkommensgruppen nun gespart werden soll, „halten wir für moralisch verwerflich – besonders bei einem kommunalen Unternehmen, das eigentlich eine Vorbildfunktion einnehmen sollte“. Die Fraktion sieht keine Notwendigkeit für die Auslagerungen. Klinikleitung, Betriebsrat und Gewerkschaft Verdi haben sich noch nicht einigen können. Geschäftsführer Ruland vertritt die Ansicht, dass die Fraktion die strittigen Punkte bis kommenden Mittwoch klären zu können.

Viele kommunale Kliniken wie in

Ingolstadt oder Fürth lösen ihre Servicegesellschaften wieder auf, so die SPD/FDP weiter. Sie gliedern die betreffenden Mitarbeitenden wieder direkt in das Unternehmen ein. Es könne im Gegensatz zu den Ausführungen des Aufsichtsratsvorsitzenden Hans-Joachim Weirather kein allgemeiner Trend bei kommunalen Kliniken zur Gründung von Servicegesellschaften erkannt werden.

Der Kreistag sei unmittelbar für die Daseinsvorsorge im stationären medizinischen Bereich innerhalb des Landkreises verantwortlich. Dass die operative Ausübung dieser Aufgabe an den Klinikverbund übertragen wurde, „entlastet den Kreistag nicht aus seiner Verantwortung für das hiesige Gesundheitswesen“, argumentieren SPD

und FDP. Es sei zu hinterfragen, wie die kommunalen Kliniken im Unterallgäu zukünftig strategisch geführt werden sollen: Als Häuser mit wohnortnaher und bester Versorgung für ihre Bürger oder als betriebswirtschaftlich optimierte und unternehmerischen Gesichtspunkten geführte Kliniken, wie Sana ihre Häuser führt.

36 Mitarbeitenden der beiden Häuser drohe die Auslagerung und damit eine Schlechterstellung bei der Bezahlung. Nach Auskunft der Gewerkschaft Verdi bedeutet dies konkret, dass Mitarbeitende beispielsweise der Entgeltgruppe 2 künftig statt 2850 Euro nur noch 2300 Euro monatlich brutto verdienen. Gerade Mitarbeitende aus den unteren Gehaltsgruppen seien jedoch auf jeden Euro angewiesen. „Wir sind der Auffassung, hier zu sparen ist falsch und führt zu Demotivation.“ Der Arbeitgeber Klinikverbund verliere zudem an Attraktivität. (mz/jsto)